

Reiter an der Nationalversammlung teilnehmen, die griechische Untertanen sind. Wie verlautet, sollen auch zwischen der österreichischen und russischen Regierung einleitende Schritte zur Verständigung in der Balkanfrage getan werden sein.

Über die augenblickliche Situation orientieren folgende Depeschen:

#### Die Kratzafrage.

\* Wien, 3. Februar. (Schiffstelegr.)  
Die Kratzafrage wird an leidende Stelle immer erster genommen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es den Kreisnächten von dieser Österreich und Deutschland in weiter Sicht sich fern halten, gelingen möge, die Angelegenheit bald friedlich beigelegen, da es der Tüpfel diesmal bitter ernst ist um die Wahrung ihrer Rechte.

\* Wien, 3. Februar. (Schiffstelegr.)  
Nach Beschlüssen des Rates werden an der griechischen Nationalversammlung nur solche freie Deputierte teilnehmen, die griechische Untertanen sind.

#### Maßnahmen der Mächte.

\* Wien, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Ein englischer Geschwader, bestehend aus 1 Panzerjäger,

3 Kreuzern und 4 Torpedobootsgegängern, ist unter dem Befehl des Konteradmirals Galloß nach dem Piräus abgegangen.

London, 3. Februar. (Schiffstelegr.)  
Die "Morningpost" meldet: Die in Gibraltar liegende englische Küstensicherungsflotte erhält Befehl, die Kriegsschiffe nach Kreta zu senden. Die Lage gilt für darüber ernst. Jedoch erwartet man, daß die Schwergäste jede Teilnahme der freien Abgesandten an den Besitzungen der griechischen Nationalversammlung mit Gewalt verhindern werden, auch auf die Besetzung eines Thronwechsels in Athen hin.

#### Eine Erklärung der griechischen Regierung.

\* Athen, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Die "Agency of Rhodes" meldet: „Die Regierungs- und politischen Kreisen ist man lediglich erstaunt über die Beschlüsse, die die Einberufung der Nationalversammlung zur Revision der griechischen Verfassung in Konstantinopel verordneten hat, wenn man den Deputaten glauben darf, die über diese Begegnung an verschiedene Organe der europäischen Presse gelangt sind. Man hofft außer Gründen der inneren Politik, die die Einberufung der Nationalversammlung zur Verfassungsrevision als Antritt auf das durch die letzten Ereignisse geforderten Ende veranlaßt haben, auch, durch den Tatsachen der Einberufung in den Grundgedanken der griechischen legislativ-mobilen Hauptsäfte wünscht, die den Kreisnächten die Oberhand gewonnen habe, weil man den Gesamtteil der griechischen Gesellschaft eben könnte, ihre Abätzige Deputierte in die Kammer noch über zu entenden, zu verwirken. Unterseite erläutert man, daß das neue griechische Kabinett, das eine gemäßigte und durchaus reaktionäre Politik verfolgt, von den Friedlichen Abgeordneten erfüllt ist. Es besteht aus Männern, die so gern sind, um irgend etwas zu verhindern, was dem Brotengen rechtfertigen könnte, daß allen diesen Gründen kann man sich das Aufsehen nicht erklären, das von der Nationalversammlung gemacht wird, die doch gerade der Prozeß einer Entfernung freier Deputierter nach Athen jede Schärfe traut.“

**Die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland sollen durch die Ernennung Palerjis zum Minister des Auswärtigen seine Verbesserung erfahren haben:**

\* Athen, 3. Februar. (Tel.)  
Die Ernennung Palerjis zum Minister des auswärtigen Angelegenten wird möglicherweise noch Konsequenzen haben, da die Türkei sie als Voraussetzung auffaßt. Palerji unterstellt als Konsul in Monastir einen der ausländischen Agitation in Makedonien und wurde auf Verlangen der Türkei abberufen.

#### Türkische Maßnahmen.

\* Saloniki, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Die Reichsbahnträge von 1904 bis 1906 in einer Stücke von 20000 bis 30000 Mann sind einberufen worden. Sie werden bei Katerini (etwa 30 km von der griechischen Grenze entfernt) auf den gegenüberliegenden Ufer des Flusses von Saloniki liegenden vorbereitet, die sich über die Bogen erstrecken sollen.

\* Athen, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Ein Teil der gleichen Befreiungskontingenten mit Befugnis, daß die Türkei an der griechischen Grenze Kriegsvorbereiungen trifft.  
Andererseits glaubt sich die Türkei jedoch so sicher, daß das türkische Kriegsministerium das Kommando des dritten Korps annehmen kann, das ausgedienten Teppaz des Jahresangs 1907 zu bewilligen, eine Lassche, die dafür spricht, daß man türkischerseits die militärischen Maßnahmen zunächst nur zur Sicherung Griechenlands unternimmt.

**Die Spannung zwischen Bulgarien und der Türkei**  
soll, wie man jetzt bulgarischerseits erklärt, nur durch die barten illyrische, die an einigen mozarabischen Landesführern in Saloniği gesetzt worden sind, hervergerufen worden sein. Es ist in Saloniği eine große Agitation dagegen eingeleitet worden und Mazedonier und Studenten veranstalteten große Protestversammlungen. Wiederholterweise wird auch Deutschland in die Agitation hineingezogen, vor dessen "Drang nach Osten" gewarnt wird. Die Aufrüstung einzelner Todesorte wurde auf eine Weisung aus Konstantinopel infolgedessen zunächst verschoben. Dass die Türkei gerade im jetzigen Moment streng auf Disziplin hält, geht daraus hervor, daß gegen eine größere Anzahl albanischer und einige türkische Soldaten des 17. Pionierbataillons in Saloniği ein Strafverfahren wegen Gehorsamsverweigerung eingeleitet worden ist. Sie erklärten, von einem ihrer Offiziere schlecht behandelt worden zu sein.

\* Athen, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)  
Es bestätigt sich, daß die Regierung beschlossen hat, die Leiter der diplomatischen Vertretungen Griechenlands aus den verschiedenen europäischen Hauptstädten zurückzuberufen und die Botschaftsstellungen mit der Geschäftsausübung zu beauftragen. Nur der griechische Gesandte in Konstantinopel soll auf seinem Posten verbleiben.

## Deutsches Reich.

Leipzig, 4. Februar.

\* Der sächsische Eisenbahnrat hält am Donnerstag unter Vorsitz des Präsidenten der Generaldirektion der Staatsbahnabteilung, von Kirchbach, seine 61. Sitzung ab. Er empfing Mitteilung über verchiedene Beschlüsse der jüngsten Generalkonferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen, die Tariffragen betrafen, welche dem Eisenbahnrat bereits berichtet waren. Was die Stellung großräumiger Bagen für Reichsteile betrifft, mit der sich der Eisenbahnrat ebenfalls in seiner letzten Sitzung befaßt hatte, so wurde berichtet, daß in Russisch genommen wäre, die ganze Frage Rüstung vor den ständigen Tarifkommissionen der deutschen Eisenbahnverwaltungen und dem Ausschuß der Betriebsinteressenten behandeln zu lassen. Damit würde einem auch im Eisenbahnrat zum Ausdruck gelangten Wunsch entsprochen, der dahin ging, in dieser Frage jedenfalls den Betriebsinteressenten Heilbrücke zu geben, sich Gehör zu verschaffen. Zum Schluß erfolgte die übliche Begrüßung des Sommerabendes, der der eine große Zahl von Einzelindustrien angemeldet war und eröffnet wurde.

\* Wahlkreisbergebnis. Die I. Abteilung der Zweiten Kammer wird beim Plenum den Antrag stellen, die Wahl des Abgeordneten Heymann im 33. ländlichen Wahlkreis für gültig zu erklären.

\* Der sächsische Richterverein hat einer Kommission von Strafrichtern und Staatsanwälten, die schon lange Zeit mittler in der Präsidialstelle, die Aufgabe gestellt, die dem Reichstag zugegangenen Entwürfe eines Geflügel, betreffend Abänderung des Gerichtsverfahrensgesetzes und einer Strafprozeßordnung, einer Gütekritik und Prüfung zu unterziehen. Das Ergebnis der Arbeiten dieser Kommission ist jetzt dem Reichstag zugegangen, und zwar, um drastisch sofort verworfen zu sein, in der Form von Abänderungsanträgen, denen eine Begründung beigegeben ist.

\* Nationalsozialistische Partei. Die Erklärung unserer gestrichenen Notes über die nächste Sitzung des Nationalsozialistischen Landesvereins ist nach der "Süd. Polit. Zeit." noch folgendes mitgeteilt: Der Vorstand des Nationalsozialistischen Landesvereins beschloß in seiner am 1. Februar zu Dresden abgehaltenen Sitzung, die Frühstücksversammlung (Bundessauschau) am Sonntag, dem 6. März (nicht 13. März), in Chemnitz abzuhalten. Am Vorabend wird eine öffentliche Versammlung stattfinden, in der vornehmlich Reichstagsabgeordnete

Dr. Hieber sprechen wird. In der Landesauschauöffnung wird Landtagsabgeordneter Seminarleiter Dr. Seifert über die Landtagsarbeiten berichten. Zur Behandlung der Volksversammlung soll ein Schulauftakt veranstaltet werden.

\* Der Nationalsozialistische Verein für Sachsen und Umgegend hält am 2. Februar in Großenhain in der "Guten Quelle" unter großen Zuspruch eine Versammlung ab. Generalsekretär Dr. Westenberger aus Leipzig sprach über die wichtigsten Streitfragen unseres wirtschaftlichen Lebens. Der Redner wandte sich stark gegen eine schwächliche Handelspolitik, als deren bedenklichstes Beispiel er den jetzt im Reichstag angenommene portugiesische Handelsvertrag betrachtete. An den Vortrag stellte sich eine längere Aussprache. Direktor Dr. Neuhaus versetzte auf die höheren Interessen des mittleren und höheren Staates bezüglich, die zu vertreten der neuerrichtete Bauernbund vor kurzem gegründet wurde. Wie Redner mitteilte, hat der Bauernbund auch in Sachsen bereits eine sehr starke Basis gefunden. Es sprachen weiter Professor Dorner und Gemeindevorstand Evert. In der nachfolgenden Hauptversammlung wurden gleichzeitige Anträge eingebracht und erzielt. Leider Schreiber erkannte den Abbericht, Herr Stielke des Kassenberichts. Der Vorstand wurde wieder gewählt und durch Baurath von zwei Herren erweitert. Der Vorsitzende, Alfred Dobert, wurde als Vertreter in den Landesausschuß gewählt. Der Verein trat 18 weitere Mitglieder bei. Mit einem Hoch auf die nationalliberale Partei wurde der sehr befriedigende verlaufene Abend beendet.

\* Ein neuer Schwarz-Adler. Der "Reichszeitung" veröffentlicht die Verleihung des Schwarzen Adlersordens an Prinzessin Luise von Bourbon, Reichsverweser und Prinz-Regenten von China.

\* Nachrichten. Der König von Württemberg hat dem General der Infanterie v. Kessel, Generaladjutant des Kaisers und Gouverneur von Berlin, das Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone, den Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe Waldow, sowie dem Staatssekretär des Reichscolonialamtes Dernburg das Großkreuz des Freiheroldordens, jener dem Kommandeur Leibregiment von Hohenzollern das Komturkreuz zweiter Klasse des gleichen Ordens verliehen.

\* Der Bundesrat hat in seiner Donnerstagssitzung den Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen Zustimmung erteilt.

\* Der Reichsanzler gegen den Alldeutschen Verband. Der Reichsanzler hat von dem Obmann der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes in deren Antritt ein Schreiben erhalten, in dem eine Entscheidung mitgeteilt wird, in der es u. a. heißt:

Die am 30. Januar in Düsseldorf alte Vertreter von 39 Ortsgruppen gehörend rheinisch-westfälischen Vertrauensmännern des Alldeutschen Verbandes erachten es als vornehmliche Pflicht, anzuhören, daß von den Freiburgern das Amt ihres Vertrauens verloren habe. Diese Reichsförderung hat folgerichtig durch ihre Nachkommen tatsächlich fremdländische Interessen, zum Nachteil rheinischer geöffnet, in gewissem Maße auch durch sie erworben. Sie schließen nun die Kosten der Beamten-Gehaltsüberhöhungen fest. Der Ausfall aus dem neuen Einflussbereichsvertrag soll daher auf den laufenden Rentzahnen gedeckt werden. Ferner ist der Antrag gestellt worden, die Doppelbelastung von Grund und Gebäuden aufzuheben, und die Reichsfinanzbehörden, ganz den Gemeinden zu überlassen. Die Reichsfinanzreform, die die Thüringer Kleinstaaten mit doppeltem Matrikelbelastungen belastet, hat die Finanzlast dieser Staaten begielet. Die Domänenentnahmen im Herzogtum Meiningen sind gleichfalls zu rückgezogen. Als außerordentliche Ausgaben, s. B. für verlorene Städte zu Rohrwerken, für Teuerungsslagungen u. a., sind 3 Millionen Mark in der Meininger Staatskasse verfügbare, die aus den Überträgen des Domänenabbaus gegenüber dem Voranfall herführen. Die Forderung der Steuererhebung der Gewinne und des Vermögens sind höchst fern der Wirklichkeit geblieben, denn die Vermögenssteuererhöhung sollte die Kosten der Beamten-Gehaltsüberhöhungen decken. Der Ausfall aus dem neuen Einflussbereichsvertrag soll daher auf den laufenden Rentzahnen gedeckt werden. Ferner ist der Antrag gestellt worden, die Doppelbelastung von Grund und Gebäuden aufzuheben, und die Reichsfinanzbehörden, ganz den Gemeinden zu überlassen. Die Reichsfinanzreform, die die Thüringer Kleinstaaten mit doppeltem Matrikelbelastungen belastet, hat die Finanzlast dieser Staaten begielet. Die Domänenentnahmen im Herzogtum Meiningen sind gleichfalls zu rückgezogen. Als außerordentliche Ausgaben, s. B. für verlorene Städte zu Rohrwerken, für Teuerungsslagungen u. a., sind 3 Millionen Mark in der Meininger Staatskasse verfügbare, die aus den Überträgen des Domänenabbaus gegenüber dem Voranfall herführen. Die Forderung der Steuererhebung der Gewinne und des Vermögens sind höchst fern der Wirklichkeit geblieben, denn die Vermögenssteuererhöhung sollte die Kosten der Beamten-Gehaltsüberhöhungen decken.

\* Der Reichsanzler gegen den Alldeutschen Verband. Der Reichsanzler hat von dem Obmann der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes erachtet es als vornehmliche Pflicht, anzuhören, daß von den Freiburgern das Amt ihres Vertrauens verloren habe. Diese Reichsförderung hat folgerichtig durch ihre Nachkommen tatsächlich fremdländische Interessen, zum Nachteil rheinischer geöffnet, in gewissem Maße auch durch sie erworben. Sie schließen nun die Kosten der Beamten-Gehaltsüberhöhungen fest. Der Ausfall aus dem neuen Einflussbereichsvertrag soll daher auf den laufenden Rentzahnen gedeckt werden. Ferner ist der Antrag gestellt worden, die Doppelbelastung von Grund und Gebäuden aufzuheben, und die Reichsfinanzbehörden, ganz den Gemeinden zu überlassen. Die Reichsfinanzreform, die die Thüringer Kleinstaaten mit doppeltem Matrikelbelastungen belastet, hat die Finanzlast dieser Staaten begielet. Die Domänenentnahmen im Herzogtum Meiningen sind gleichfalls zu rückgezogen. Als außerordentliche Ausgaben, s. B. für verlorene Städte zu Rohrwerken, für Teuerungsslagungen u. a., sind 3 Millionen Mark in der Meininger Staatskasse verfügbare, die aus den Überträgen des Domänenabbaus gegenüber dem Voranfall herführen. Die Forderung der Steuererhebung der Gewinne und des Vermögens sind höchst fern der Wirklichkeit geblieben, denn die Vermögenssteuererhöhung sollte die Kosten der Beamten-Gehaltsüberhöhungen decken.

\* Die Kongro-Konferenz in Brüssel. Wie die "Int." erläutert, wird die Dauer der deutsch-englischen-longfördischen Konferenz zur Regelung der bekannten Grenzstreitigkeiten im Sultanat Andala, die am 8. b. M. in Brüssel zusammentritt, etwa vier bis sechs Wochen betragen. Als Delegierte werden von deutscher Seite der Geheimen Oberregierungsrat Übermaier, Vorsteigerer, der im Reichscolonialamt, und der Referent für geographische und Grenzfragen, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kreilkamp v. Danckmann, und außerdem wahrscheinlich auch der Justizrat auf Utrland befindliche Gouverneur v. Beckedorf teilnehmen.

\* Neue Karten für unsere Schubgebiete. Die Kartographie unserer deutschen Schubgebiete hat, wie der "Int." mitgeteilt wird, in neuer Zeit einige sehr bemerkenswerte Neuerungen gezeigt. So sind zu dem großen deutschen, vom Reichscolonialamt hervergebenen Kolonialatlas enthaltenen sechzehn Karte Amerikas zwei neue Blätter erschienen, die gerade die im Hinblick auf die lateinamerikanischen Grenzverhandlungen interessanten Teile des Schwabia, nämlich Abamana und die Tschubaländer, umfassen. Eine noch wichtige Fortsetzung wird in wenigen Tagen im Handel erscheinen, nämlich eine neue, vorzüglich gezeichnete Karte unter dem Titel "Westafrika". Gestalte für diese Kolonie wurde schon seit einigen Jahren das Studium einer aktuellen, die neuesten Siedlungen und jungen Siedlungen heranziehenden Karte in allen interessanten Kreisen außerordentlich schmerlich empfunden.

\* Die Kongro-Konferenz in Brüssel. Wie die "Int." erläutert, wird die Dauer der deutsch-englischen-longfördischen Konferenz zur Regelung der bekannten Grenzstreitigkeiten im Sultanat Andala, die am 8. b. M. in Brüssel zusammentritt, etwa vier bis sechs Wochen betragen. Als Delegierte werden von deutscher Seite der Geheimen Oberregierungsrat Übermaier, Vorsteigerer, der im Reichscolonialamt, und der Referent für geographische und Grenzfragen, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Kreilkamp v. Danckmann, und außerdem wahrscheinlich auch der Justizrat auf Utrland befindliche Gouverneur v. Beckedorf teilnehmen.

\* Eine Karte für unsere Schubgebiete. Die Kartographie unserer deutschen Schubgebiete hat, wie der "Int." mitgeteilt wird, in neuer

Zeit einige sehr bemerkenswerte Neuerungen gezeigt. So sind zu dem großen deutschen, vom Reichscolonialamt hervergebenen Kolonialatlas enthaltenen sechzehn Karte Amerikas zwei neue Blätter erschienen, die gerade die im Hinblick auf die lateinamerikanischen Grenzverhandlungen interessanten Teile des Schwabia, nämlich Abamana und die Tschubaländer, umfassen. Eine noch wichtige Fortsetzung wird in wenigen Tagen im Handel erscheinen, nämlich eine neue, vorzüglich gezeichnete Karte unter dem Titel "Westafrika". Gestalte für diese Kolonie wurde schon seit einigen Jahren das Studium einer aktuellen, die neuesten Siedlungen und jungen Siedlungen heranziehenden Karte in allen interessanten Kreisen außerordentlich schmerlich empfunden.

## Ausland.

**Oesterreich-Ungarn.**

\* Zur ungarischen Situation. Das Ministerium bestätigt, wie ein weiterer Privattelegramm meldet, am 2. Februar den Reichstag aufzulösen und gleichzeitig den Einsatz des allgemeinen und direkten Wahlrechts für Ungarn zu publizieren. — Ferner ist es dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Ádám-Hodovszky gelungen, einen vorläufigen Frieden mit den Kroaten zu schließen. Der Bans von Kroatien, Baron Rauchi, traf am Donnerstag in Wien ein, um dem Kaiser seine Demission zu überreichen. Auf seine Stelle tritt der frühere Minister Tomassic.

## Spanien.

\* Ein spanisch-marokkanischer Neutralvertrag. "El Liberal" meldet: Der Minister des Außen ist am 1. Februar mit dem marokkanischen Gesandten einen Staatsvertrag über die rechtliche Lage Spaniens am Afri. nach den ihm zugedachten Eroberungen abgeschlossen. Wie bekannt, wurde der Kapitulare Spaniens großes Entgegenkommen erzielt.

## Niederlande.

\* Weitere Namen des Auslandsmagistranden in Petersburg. Die bei der Bedeutung der Mitglieder des sozialrevolutionären Komitees beschlossenen Papier haben den Besitz einer weitestwegigen Verbindung ergeben. Infolgedessen wurde der am 1. Februar abgelaufene Termin des über Petersburg verfolgten Auslandsmagistranden auf ein weiteres Jahr verlängert. — Weitere meldet ein Telegramm aus Petersburg stellte der Vorsitzende des Auslandsmagistranden: Der Hauptplatz ist am Mittwoch wieder ein traumhaftes Schauspiel, das zeigt, daß die Käffchen noch wie vor die Wände gehen. — In jedem geschlossenen Raum, darunter Kasinos und Cafés, auf den Bänken gesetzt, mit nach Süden gewandten Rücken, sieht man nichts anders als eine einzige Person. Die Menschen sind in der ganzen Stadt auf den Bänken gesetzt, bis zu den Fenstern hin. Der Vorsitzende ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis.

\* Die deutsch-russischen Beziehungen. Ein umfangreicher Artikel "Weltchronik" in der "Rowohlt-Woche" nimmt die Rede des Deutschen Gesandtschafts bei der Kaiser zum Geburtstag des Deutschen Kaiser zu Anfang, die russisch-deutsche Beziehungen zu beleuchten. Wohlhabend ist ein ewiger Friede mit Deutschland, der aber leider unmöglich sei. Die Aufgaben der polnischen Räte, darunter Kasimir und Stefan, auf den Balkan gebracht, um nach Süden verschoben zu werden. Es war ihnen nicht erlaubt worden, von den Kremliden Abschied zu nehmen.

\* Die deutsch-russischen Beziehungen. Ein umfangreicher Artikel "Weltchronik" in der "Rowohlt-Woche" nimmt die Rede des Deutschen Gesandtschafts bei der Kaiser zum Geburtstag des Deutschen Kaiser zu Anfang, die russisch-deutsche Beziehungen zu beleuchten. Wohlhabend ist ein ewiger Friede mit Deutschland, der aber leider unmöglich sei. Die Aufgaben der polnischen Räte, darunter Kasimir und Stefan, auf den Balkan gebracht, um nach Süden verschoben zu werden. Es war ihnen nicht erlaubt worden, von den Kremliden Abschied zu nehmen. Die russischen Räte, darunter Kasimir und Stefan, auf den Balkan gebracht, um nach Süden verschoben zu werden. Es war ihnen nicht erlaubt worden, von den Kremliden Abschied zu nehmen.

\* Eine Revolution in Uruguay. Das Institut von Uruguay in Berlin teilte uns auf Grund soeben eingegangener Nachrichten aus Montevideo mit, daß es sich bei den kleinen Unteren in einzelnen Provinzen durchaus nicht um eine erste und weitverbreitete Revolution handelt. Vielmehr ist eine gewisse Minorität durch Unzufriedenheit und Unzufriedenheit mit dem Vertrag, der mit Brasilien abgeschlossen, eine gewisse Minorität durch Unzufriedenheit auf die zum Herbst bewährten Senatorenwahlen, von denen aus dem Ausland die Präsidentschaft gewählt werden soll. Die Revolution ist einmarschiert. Der Sieg ist